

macht werden. Ist diese Interpretation richtig? Es ist unmöglich zu erwarten, und wir haben in unseren Koalitionsverhandlungen auch Verhandlungserfahrungen gemacht, daß die Öffentlichkeit an den Schritten vor einem Zwischenergebnis beteiligt wird. Dann kann man nämlich nichts mehr erreichen.

(Beifall bei CDU/DA und SPD)

Wenn der Verhandlungspartner aus der Presse erfährt, was der andere nächstens machen wird, dann wird er seine Strategie umstellen. So lassen sich überhaupt keine sinnvollen Verhandlungsstrategien bilden, die Problembündel herstellen, damit, wenn man dort nachgibt, man hier etwas einfordern kann. Daß dieses bei diesen Verhandlungen geschieht, kann ich aus meiner Kenntnis heraus bestätigen. Daß hier die DDR-Seite unwürdig oder würdelos auftreten mußte, ist alles erfunden.

(Beifall bei CDU/DA und SPD)

Stellvertreterin der Präsidentin Dr. Niederkirchner:

Abgeordneter Schröder, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Schröder (SPD):

Ja, zunächst mal eine.

(Zwischenfrage von der PDS: Herr Schröder! Können Sie mir bestätigen, daß auch Bundestagsabgeordnete der SPD eine stärkere Einbeziehung der Parlamente gefordert haben?)

Ja, das kann ich Ihnen bestätigen. Und auch wir haben ein Interesse daran, daß eine Information über den jeweiligen Stand in die Parlamente kommt. Der Ministerpräsident ist bei uns persönlich gewesen, und wir werden es begrüßen ...

(Unverständlicher Zuruf von der Fraktion
Bündnis 90/Grüne)

Liebe Leute! Da muß ich Euch korrigieren. Die Mitarbeit an einem Regierungsentwurf eines Staatsvertrages, korrekt die Mitgestaltung des Parlaments, so daß sie Einfluß nehmen, und zwar nicht nur über ihre Beteiligung als Minister, sondern so, daß die Parlamentarier das Recht haben, den Regierungsentwurf mitzuschreiben, das ist ein Irrtum, wenn Sie denken, daß dieses Recht bestünde.

(Beifall bei CDU/DA und SPD)

Das, was hier gefordert werden kann, ist eine vernünftige Offenlegung der Intentionen und der Ausgangssituation, vorausgesetzt, man hat die Daten. Es ist ja von anderen schon gesagt worden: Die letzten beiden Regierungen haben etwas getan, was man nicht mal dem Kassierer eines Schützenvereins zuläßt: Abtreten ohne Abrechnung.

(Beifall bei CDU/DA und SPD)

Schließlich sind sich die Koalitionsparteien auch darin einig, daß dieser Vertrag, und das mögen andere anfangs anders gesehen haben, nicht der Staatsvertrag zur deutschen Einigung ist, sondern ein erster Staatsvertrag zu diesen drei Unionen. Ihm sollen weitere Schritte folgen, und wir gehen davon aus und hoffen, daß die nächsten Schritte bedächtiger möglich sind.

Es gibt dennoch zwei gewichtige Gründe für die Eile in dieser Sache. Der erste Grund ist die Erwartung der Bevölkerung. Die Allianzparteien und die SPD haben die schnelle Einführung der D-Mark mit Terminangabe im Wahlkampf versprochen. Ob diese Datumsangabe klug war, brauchen wir jetzt nicht zu diskutieren, denn die Erwartung ist da, und wir können nur Solidarität in die Verhältnisse bringen, wenn wir auch mit Überanstrengung unserer Kräfte diesen Termin halten, damit die Bevölkerung in ihrer wirtschaftlichen Aktivität und in der Einrichtung des nächsten

halben Jahres vernünftig planen kann. Ich habe Verständnis für all die Ängste.

Stellvertreterin der Präsidentin Dr. Niederkirchner:

Herr Abgeordneter Schröder! Ihre Redezeit ist leider beendet.

Schröder (SPD):

Tut mir leid, dann kann ich nur noch diesen Satz zu Ende führen. Ich habe persönlich Verständnis für all die Ängste, die damit verbunden sind, aber ich würde herzlich darum bitten, daß man denjenigen, die diesen Prozeß mitgestalten, doch mal zutraut, daß sie es gut zu tun versuchen.

(Beifall, vor allem bei CDU/DA und SPD)

Stellvertreterin der Präsidentin Dr. Niederkirchner:

Ich danke Herrn Abgeordneten Schröder und bitte Herrn Abgeordneten Konrad Weiß, das Wort zu nehmen.

Weiß (Bündnis 90/Grüne):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es geht beim deutschen Einigungsprozeß darum, daß es die Sache jedes Bürgers und jeder Bürgerin ist. Es ist keine Sache von Regierungen, es ist eine res publica, eine Sache des ganzen Volkes.

(Vereinzelte Beifall)

Die Regierungen in Bonn und in Ostberlin scheinen das anders zu sehen. Ich habe mich seit vielen Tagen bemüht, als Abgeordneter und als Mitglied des Ausschusses für die deutsche Einheit die Textentwürfe des Staatsvertrages zu Gesicht zu bekommen. Vergeblich. Wie ich einer Zwischenfrage des Abgeordneten Backofen entnehme, geht es den Kollegen von der Opposition, pardon, Koalition - noch ist es nicht soweit -

(Zurufe, Heiterkeit)

genauso. Die Ablehnung wird damit begründet, daß die Entwürfe noch nicht ausgereift und daher geheimzuhalten seien.

Zur gestrigen Ausschusssitzung war der Herr Staatssekretär Krause gebeten. Statt seiner erschienen Mitglieder seiner Verhandlungsdelegation, die uns mündlich über einige Punkte des Vertragsentwurfs unterrichteten.

Stellvertreterin der Präsidentin Dr. Niederkirchner:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Weiß (Bündnis 90/Grüne):

Ich würde jetzt gern einmal ein bißchen Ruhe ins Parlament bringen und ohne Zwischenfrage weiterreden. Vielen Dank.

(Zurufe)

Auf Nachfragen erklärten zwei Experten, daß sie Mitglieder der PDS sind, einer davon seit 20 Jahren im Dienste der DDR-Regierung. Ich will den Herren nicht mangelnde Kompetenz oder mangelnde Verschwiegenheit unterstellen, aber ich finde es skandalös, wenn den Abgeordneten dieses Hohen Hauses, die frei gewählt sind, unter Hinweis auf die Vertraulichkeit die Texte vorenthalten werden, aber altgediente Staatsfunktionäre ins Vertrauen gezogen werden.

Zugleich beklagt der Herr Ministerpräsident die vielfältigen Gerüchte, die im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag kursieren. Nach meinen Erfahrungen kann ich nur sagen: Der Koch für diese Gerüchteküche, das ist er selbst, und das ist sein Amtskollege in Bonn, die eine umfassende Information der deutschen und der internationalen Öffentlichkeit verhindern. Das Volk soll die Suppe auslöffeln, aber was und womit gekocht wird, das geht es nichts an, das soll es nicht wissen.